

GESELLSCHAFTLICHER FRIEDEN /

Für eine Abkehr von Fluchtpolitik als Sicherheitspolitik /

5

135

Die Fluchtpolitik polarisiert die öffentliche Meinung wie kein anderes Thema. Die Politik macht Schutzsuchende als Sicherheitsrisiken aus und verspricht, die Anzahl der Geflüchteten durch Grenzsicherung und „konsequente Abschiebungen“ drastisch zu verringern. Selbst wenn dies gelingen sollte, wird sich die Sicherheitslage dadurch nicht automatisch verbessern. Das Grundproblem, dass sich immer mehr Menschen auf der Flucht befinden, wird so ebenfalls nicht aus der Welt geschafft. Es bedarf daher einer kohärenten und strategisch ausgerichteten Fluchtpolitik.

5.1 ↗ Gesellschaftliche Polarisierung und Politisierung der Flüchtlingsfrage

Sein dem sprunghaften Anstieg der Zahl der Schutzsuchenden in Deutschland in den Jahren 2015/16 → 27 hat sich der politische, mediale und gesellschaftliche Diskurs stetig verschärft. Vor allem die sozialen Medien avancierten zu wesentlichen Katalysatoren der Entstehung und Verbreitung negativer Stereotype über Geflüchtete. In ihnen wurde massenhaft Desinformation verbreitet, die vor allem in digitalen Echo-kammern widerhallte. Geflüchtete wurden zu Sündenböcken diverser gesellschaftlicher Missstände erklärt – vom Aufbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts über Kriminalität bis hin zu Belastungen der Sozialsysteme. Somit entstand das Bild, dass der Staat die Kontrolle über die Regulierung der Zuwanderung verloren habe. Dies zog einen generellen Vertrauensverlust der Bevölkerung in staatliche Institutionen nach sich. Zudem hat sich in den vergangenen Jahren die Problematisierung von Migration und Asyl aus dem rechtspopulistischen Lager in den politischen Mainstream verschoben. Vor allem unter dem Eindruck der verheerenden, von Geflüchteten ausgeführten Gewalttaten von Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg und München wurden Geflüchtete als ein zu priorisierendes Sicherheitsrisiko wahrgenommen.

27 Zahlen zu Geflüchteten in Deutschland/Europa

Bis Mitte 2024 lebten insgesamt 3,48 Mio. Geflüchtete in Deutschland. Darunter befanden sich 43.616 Asylberechtigte sowie 727.881 Personen mit Flüchtlingsschutz. Subsidiären Schutz erhielten insgesamt 351.388 Personen. Zudem erhielten 3.206 Personen eine Duldung nach §60a im Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Darüber hinaus befanden sich 1,1 Mio. Flüchtlinge aus der Ukraine mit temporärem Schutzstatus in Deutschland. Die Entwicklung der Asylantragszahlen weist seit 1995 erhebliche Schwankungen auf. Besonders viele Anträge wurden Ende der 1990er Jahre sowie in den Jahren 2015 und 2016 mit Höchstwerten von insgesamt 476.649 beziehungsweise 745.545 Anträgen gestellt. Seitdem haben sich die Zahlen stabilisiert.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 250.945 Anträge gestellt, davon 229.751 Erstanträge und 21.194 Folgeanträge. 45 % der Asylantragsteller sind zwischen 18 und 34 Jahre alt, 15 % sind Kinder unter vier Jahren. Insgesamt sind zwei Drittel der Antragsteller männlich. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit stellen Syrien, Afghanistan und die Türkei mit insgesamt 61 % aller Erstanträge die wichtigsten Herkunftsländer der Personen dar, die einen Asylantrag gestellt haben. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland weiterhin zu den wichtigsten Aufnahmeländern in Europa. Im Jahr 2024 wurden europaweit 996.805 Asylanträge gestellt, was einem Rückgang von 5 % gegenüber 2023 entspricht (→ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2024, Eurostat 2025).

Die SPD und die Grünen haben Schritt für Schritt ihre vergleichsweise liberalen Positionen aufgeweicht, ohne ein überzeugendes Konzept für eine Fluchtpolitik vorlegen zu können. Die CDU/CSU wiederum vollzog nach Ende der Ära Merkel eine migrationspolitische Wende. Unter anderem hatte sie das Ziel, ihre eigene Politik zu verschärfen um auf diese Weise der AfD ihr Kernthema zu nehmen und damit den kontinuierlichen Aufstieg der Rechtspopulisten zu brechen. Die Fluchtpolitik gewann einen solch hohen Stellenwert, dass sie mittlerweile als existenziell für den Fortbestand der Demokratie erachtet wird: In der Konsequenz weichte das von der CDU/CSU am 31. Januar 2025 eingebrachte Zustrombegrenzungsgesetz, für das im Bundestag die AfD mit dem Gros der CDU/CSU (und der FDP) stimmte, die vielfach zitierte Brandmauer zur AfD auf – wenngleich das Gesetz keine Mehrheit fand. Das Gesetz hätte den Zuzug von Familienangehörigen verschärft und der Bundespolizei mehr Zuständigkeiten übertragen. Weder direkt noch indirekt hätte es jedoch die Sicherheit im Land verbessert, was etwa die Rede des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz im Bundestag am 29. Januar 2025 suggerierte. Hätte das Gesetz den Bundestag passiert, wäre es ohnehin im Bundesrat gescheitert. So stand das Gesetz vor allem symbolisch für eine restriktive Fluchtpolitik der CDU/CSU.

Der hohe Stellenwert der Fluchtpolitik führte dazu, dass die CDU die „Brandmauer“ zur AfD aufweichte

Vor dem Hintergrund der aufgeheizten politischen Stimmung rund um die Bundestagswahlen 2025 fokussiert dieser Beitrag auf die sicherheitspolitische Dimension der Fluchtpolitik. In einem ersten Schritt legen wir dar, ob und inwiefern die Anwesenheit von Geflüchteten tatsächlich einen signifikanten Einfluss auf die innere Sicherheit in Deutschland hat. In einem zweiten Schritt sollen die Logiken und Maßnahmen betrachtet werden, mit denen die Bundesregierung reagiert und so ein sicherheitspolitisches Verständnis der Fluchtpolitik vorantreibt. Schließlich schlagen wir einen alternativen Ansatz vor.